

ALLGEMEINES

Nicht-Bürgerstiftungen: Keine echte Mitwirkung. Mehr als die Hälfte der knapp 700 Bürgerstiftungen in Deutschland erfüllen nicht die Kriterien, die der Bundesverband Deutscher Stiftungen (BDS) in seinen „Zehn Merkmalen einer Bürgerstiftung“ festgelegt hat. Das hat die Untersuchung der Aktiven Bürgerschaft für den aktuellen Länderspiegel Bürgerstiftungen 2012 ergeben. Diese 363 Stiftungen erlauben Bürgern, Unternehmen und Organisationen zwar zuzustiften, bieten ihnen jedoch keine Möglichkeit, über die Verwendung der Mittel selbstständig zu entscheiden. Die größte Gruppe der Nicht-Bürgerstiftungen sind kommunale Bürgerstiftungen (169), in denen die Kommunalverwaltung die Geschicke der Bürgerstiftung bestimmt. In der zweitgrößten Gruppe (134) dominieren Einzelstifter oder Kirchengemeinden. Die meisten Nicht-Bürgerstiftungen gibt es in Bayern (107), gefolgt von Baden-Württemberg (88) und Hessen (23). Der Länderspiegel Bürgerstiftungen kann im Internet unter der URL www.aktive-buergerschaft.de/.../Aktive_Buergerschaft_Laender_spiegel_BS_2012.pdf abgerufen werden. Quelle: Nachrichtendienst Bürgergesellschaft vom 31.10.2012

Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen. Während im Jahr 1991 nur 20,8 % der 60- bis 64-Jährigen erwerbstätig waren, ist die Quote bis 2010 auf 44,2 % angestiegen. Entscheidend haben dazu die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, Verbesserungen des Gesundheitszustands älterer Menschen sowie die veränderten politischen Rahmenbedingungen bei der Frühverrentung und den Vorrhestandsregelungen beigetragen. Das geht aus einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg hervor. In der Analyse wird der Zusammenhang zwischen den demographisch bedingten Veränderungen der Altersstruktur, der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit in Deutschland dargestellt. In den vergangenen 20 Jahren ist es zu erheblichen Verschiebungen in der Altersstruktur gekommen. Die Erwerbsbevölkerung ist um 1,18 Mio. Personen gesunken, während die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) um 1,86 Mio. gestiegen ist. Von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter haben dem Arbeitsmarkt im Jahr 2010 prozentual mehr Menschen zur Verfügung gestanden als im Jahr 1991. Im gleichen Zeitraum hat es deutliche Verschiebungen in der Altersstruktur gegeben: Im Jahr 2010 waren 57,9 % der Erwerbspersonen zwischen 40 und 64 Jahre alt. Im Jahr 1991 hatte deren Anteil noch bei 43,5 % gelegen. Die Zahl der Erwerbspersonen wird aller Voraussicht nach bis 2025 um gut drei Millionen und bis 2050 sogar um rund zehn Millionen sinken. Die Analyse steht im Internet unter der URL <http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k120731309> zum Download bereit. Quelle: BfS trend-information vom 9.11.2012

Zweites Berliner Demografie Forum. Vom 9. bis 10. Januar 2013 findet in Berlin zum zweiten Mal das Berliner Demografie Forum statt. Nach dem Auftakt im Januar 2012 bringt die unabhängige Plattform erneut Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Im Fokus steht im Jahr 2013 das Themenspektrum „Generationen – Lernen – Wohlstand“. Das Berliner Demografie Forum setzt sich parteiübergreifend und interdisziplinär mit den Herausforderungen der demographischen Veränderungen auseinander. Im Rahmen des zweiten Forums geht es vor allem um das Zusammenspiel der einzelnen Generationen, das Erfordernis und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen sowie die Bedingungen für gesellschaftlichen und persönlichen Wohlstand. Das Berliner Demografie Forum setzt bei seiner zweiten Veranstaltung verstärkt auf internationale Teilnehmer, um den nationenübergreifenden Dialog zu stärken und den Austausch von best-practices zu fördern. Darüber hinaus wird es das „Forum Berliner Impuls“ geben. In diesem diskutieren Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft mit dem Ziel, einen „Impuls“ zum Thema demographischer Wandel zu formulieren. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 14.11.2012

SOZIALES

Förderprogramm für Sozialunternehmen. Anfang 2012 starteten die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Förderprogramm „Programm zur Finanzierung von Sozialunternehmen“. Es richtet sich an kleine und mittlere Firmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Mio. Euro, die mit einem unternehmerischen Ansatz und mit einem innovativen Geschäftsmodell gesellschaftliche Probleme in Deutschland lösen wollen. Bislang hat die KfW zwei Beteiligungen abgeschlossen, drei weitere Anträge befinden sich aktuell in Bearbeitung. Zudem liegen zehn weitere konkrete Anfragen vor. Insgesamt entwickelt sich das Programm nach Angaben der Bundesregierung im Rahmen ihrer Erwartungen. Informationen sind unter der URL http://www.kfw.de/kfw/de/I/II/Download_Center/Foerderprogramme/barriere-freie_Dokumente/Programm_zur_Finanzierung_von_Sozialunternehmen_091.jsp im Internet erhältlich. Quelle: Brand Aktuell vom 9.11.2012

Sachsen meldet 520 Persönliche Budgets. Das sächsische Sozialministerium weist auf die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets hin und teilte gleichzeitig mit, dass noch immer zu wenig Menschen mit Behinderungen diese neue Leistungsform in Anspruch nehmen. Derzeit erhalten in Sachsen etwa 520 Menschen mit Behinderungen Leistungen der Eingliederungshilfe in Form eines Persönlichen Budgets. Bei mehr als 40 000 Hilfeempfängern insgesamt ist das nur ein sehr geringer

Anteil. Immerhin ist es aber 214 Menschen mit Behinderungen gelungen, mithilfe des Persönlichen Budgets die Aufnahme in eine stationäre Einrichtung zu vermeiden und so unabhängiger leben zu können. Quelle: Pressemitteilung des Kompetenzzentrums Persönliches Budget vom 2.11.2012

Bundessozialgericht urteilt zu Unterkunftsosten. Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) können Kosten für Unterkunft und Heizung bei im Haushalt der Eltern lebenden grundsicherungsberechtigten Kindern nur übernommen werden, wenn zwischen den Eltern und ihrem Kind ein wirksamer Mietvertrag geschlossen wurde. Für Eltern behinderter Kinder ist der Abschluss eines solchen Mietvertrages mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden, denn in der Regel sind die Eltern zu rechtlichen Betreuern ihrer grundsicherungsberechtigten Kinder bestellt. Für den Abschluss des Mietvertrages bedarf es deshalb wegen des Verbots des In-Sich-Geschäfts der Bestellung eines weiteren Betreuers. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) fordert daher, das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Sozialgesetzbuchs XII (Recht der Sozialhilfe) für eine Gesetzesänderung zu nutzen, die eine Bewilligung von Unterkunftsosten nach dem Pro-Kopf-Anteil des Kindes an diesen Kosten vorsieht. Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen vom 18.9.2012

Renten analog zu den Löhnen erhöhen. Der Sozialverband VdK fordert die ersatzlose Streichung der Dämpfungsfaktoren bei der Rentenanpassung und die Rückkehr zur dynamischen Rente, wonach die Rentenerhöhung uneingeschränkt der Lohn- und Gehaltsentwicklung folgt. Wenn die Löhne und Gehälter um über 3 % steigen, dann muss dies nach Ansicht des VdK auch für die Renten gelten. Von der Deutschen Rentenversicherung Bund wurde die Prognose abgegeben, dass die Renten im Westen kommendes Jahr nur um rund 1 % erhöht würden. Angesichts der steigenden Preise, insbesondere auch beim Strom, werden die Rentnerinnen und Rentner im Westen einen weiteren Kaufkraftverlust ihrer Altersbezüge hinnehmen müssen. Der VdK verlangt daher, dass die sogenannten Dämpfungsfaktoren, insbesondere der Nachholfaktor, unverzüglich abgeschafft werden, da sonst die Rentnerinnen und Rentner immer stärker von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt würden. Quelle: Pressemitteilung des Sozialverbandes VdK vom 14.11.2012

GESUNDHEIT

Wettbewerb zur Alkoholprävention. Der sechste Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ist gestartet. Alle Städte, Gemeinden und Kreise sind aufgerufen, bis zum 14.1.2013 ihre

Konzepte zum diesjährigen Thema „Alkoholprävention im öffentlichen Raum“ einzureichen. Der Wettbewerb mit einem Preisgeld von insgesamt 60 000 Euro wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände und des GKV-Spitzenverbandes durchgeführt. Für den Wettbewerb werden Aktivitäten und Maßnahmen zu allen Bereichen der Alkoholprävention im öffentlichen Raum gesucht. Hierzu zählen beispielsweise Maßnahmen zur Verhinderung des Rausch-Trinkens (Kom-Saufen, Binge Drinking) oder Alkoholbeschränkungen und -verbote im öffentlichen Raum, im öffentlichen Personennahverkehr, bei Veranstaltungen und Festen sowie Dialog- und Mediationsverfahren und die Erarbeitung von Leitfäden, Arbeitshilfen oder Informationsmaterialien. Weitere Informationen sowie die Anmeldeunterlagen können im Internet unter der URL www.kommunalesuchtpraevention.de abgerufen werden. Quelle: Städetag aktuell 8/2012 vom 3.11.2012

Miteinander aktiv. Alltagsgestaltung und Beschäftigung für Menschen mit Demenz. Hrsg. Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Eigenverlag. Berlin 2012, 88 S., EUR 6,- *DZI-E-0272*

Die Broschüre gibt Anregungen für die Alltagsgestaltung von Menschen mit Demenz, die zu Hause leben und von Angehörigen betreut werden. Zwei Drittel der etwa 1,2 Mio. Demenzerkrankten in Deutschland leben zu Hause. Vielen von ihnen fällt es schwer, sich selbst zu beschäftigen. Auch Angehörige haben Schwierigkeiten, die gemeinsamen Aktivitäten den veränderten Fähigkeiten anzupassen. Hier helfen Impulse von außen, die Körper und Geist anregen, die vorhandenen Fähigkeiten erhalten und Spaß bereiten. Bestellanschrift: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, Internet: www.deutsche-alzheimer.de

Krankenkassen werden dem Wettbewerbsrecht unterworfen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge die gesetzlichen Krankenkassen in das Wettbewerbsrecht einbezogen werden. Die Kartellbehörden sollen jedoch bei der Anwendung der Rechtsvorschriften den Versorgungsauftrag der Krankenkassen berücksichtigen. Die Anwendung des Kartellrechts ist ohnehin ausdrücklich ausgeschlossen, soweit die gesetzlichen Krankenkassen sozialgesetzlich zu gemeinsamen Handeln verpflichtet sind. Quelle: heute im bundestag vom 17.10.2012

Pauschalbeträge in der Vollzeitpflege. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. empfiehlt für das Jahr 2013, die Pauschalbeträge für den Sachaufwand sowie die Anerkennung der Pflege- und Erziehungsleistungen von Pflegepersonen zu erhö-

hen. Zudem sollte der Pauschalbetrag für die Unfallversicherung erneut angepasst werden. Die monatlichen Pauschalbeträge für die Kosten des Sachaufwands sowie der Pflege und Erziehung sollten nach Empfehlung des Deutschen Vereins um 1,8 % erhöht werden. Hiermit könnte die im Vergleich zum Vorjahr nicht unerhebliche Erhöhung der Verbraucherpreise aufgefangen werden. Auch sollten die Pauschalen für die Erstattung von Beiträgen zur Unfallversicherung geringfügig angehoben werden. Der Deutsche Verein orientiert sich hier an den Werten der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Empfehlungen sind unter der URL http://www.deutscherverein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2012/DV-29-12-Pauschalbetrage-in-der-Vollzeitpflege im Internet abrufbar. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 25.10.2012

Fehlzeiten-Report 2012. Immer mehr Arbeitnehmer stoßen an die Grenzen ihrer psychischen Belastbarkeit. Insbesondere wenn „ständige Erreichbarkeit“ und eine „permanente Mobilitätsbereitschaft“ gefordert werden, leiden Beschäftigte an psychischen Beschwerden. Das belegt der „Fehlzeiten-Report 2012“ des Wissenschaftlichen Instituts der AOK in Berlin (WIdO) mit dem Schwerpunktthema „Gesundheit in der flexiblen Arbeitswelt“. Insgesamt ist der Krankenstand der 10,8 Mio. AOK-Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und hat 2011 bei 4,7 % gelegen. Im Durchschnitt hat eine Arbeitsunfähigkeit etwa 11 Tage gedauert. Die Fehlzeiten unterschieden sich deutlich nach Branchen und Tätigkeiten. Hohe Krankenstände verzeichneten die Branchen „Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung“ (5,5 %), „Verkehr und Transport“ (5,2 %) und das Baugewerbe (4,9 %). Die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen nimmt bei den Beschäftigten weiter zu, seit 1994 ist sie um 120 % angestiegen. Eine Information des Wissenschaftlichen Instituts der AOK zum „Fehlzeiten-Report 2012“ sowie das Inhaltsverzeichnis und das Vorwort zur Druckfassung dieses Reports finden sich im Internet unter der URL <http://www.wido.de/> zum Download. Quelle: Newsletter trend informationen 11/2012 vom 9.11.2012

JUGEND UND FAMILIE

Bundesinitiative Frühe Hilfen. Nach Schätzung von Experten sind etwa 10 bis 15 % der Kinder in Deutschland von schwierigen familiären Verhältnissen betroffen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ruft deshalb gemeinsam mit den Ländern die Bundesinitiative Frühe Hilfen ins Leben. Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) begleitet die Bundesinitiative als Kompetenzzentrum und Koordinierungsstelle des Bundes. Träger des NZFH sind die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Die Ziele des NZFH sind

eine bessere Abstimmung der Schwangerenberatung, des Gesundheitsbereichs und der Jugendhilfe, die Förderung des Einsatzes von Familienhebammen und von Projekten zur Unterstützung von Familien bei der Alltagsbewältigung. Den Ländern und Kommunen stehen in den nächsten drei Jahren hierfür 177 Mio. Euro zur Verfügung. Nach 2015 wird die Arbeit dauerhaft durch einen Fonds unterstützt, für den der Bund jährlich 51 Mio. Euro bereitstellt. Das NZFH wird in den nächsten drei Jahren den Fachaustausch und die Forschung koordinieren. Weitere Informationen sind unter der URL www.fruehheilfeln.de im Internet erhältlich. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 5.11.2012

Kinderrechte und Kinderarmut. Von Christian Bernzen und anderen. Hrsg. Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat. Eigenverlag. Berlin 2011, 64 S., kostenfrei *DZI-E-0266*

Schwerpunkte dieser Schrift sind die Auseinandersetzungen mit der Perspektive der eigenen Würde jedes jungen Menschen sowie der Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für Kinderrechte. Einblicke gibt die Veröffentlichung dabei unter anderem in den Alltag des DRK-Jugendladens des Kreisverbandes Berlin-Wedding/Prenzlauer Berg e.V. Zwar ist der Berliner Bezirk als „Problemkiez“ bekannt und viele der Besucherinnen und Besucher des Jugendladens kommen aus sozial benachteiligten Familien, aber durch eine ressourcenorientierte und resilienzfördernde Jugendarbeit ist es möglich, den Konsequenzen von sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken. Bestellanschrift: DRK, Generalsekretariat, Carstennstraße 58, 12205 Berlin. Download: www.drk.de/kinderrechte.de

Drittes Fakultativprogramm über die Rechte des Kindes. Deutschland soll nach einer Gesetzesvorlage der Bundesregierung das dritte Fakultativprogramm über die Rechte des Kindes vom 19.12.2011 ratifizieren. Mit diesem wird ein Individualbeschwerdeverfahren eingrichtet. So erhält der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes die Zuständigkeit, Klagen von Einzelpersonen oder Personengruppen entgegenzunehmen, die ihre Rechte aus dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes durch einen Vertragsstaat verletzt sehen, und diese zu prüfen. Die aufgrund dieser Prüfung ausgesprochene Empfehlung des Ausschusses ist für die Vertragsstaaten nicht bindend. Sie sind jedoch verpflichtet, die Empfehlung des Ausschusses „gebührend in Erwägung“ zu ziehen und diesem innerhalb von sechs Monaten eine schriftliche Antwort zu unterbreiten. Quelle: heute im bundestag vom 24.10.2012

Betreuungsangebot für Familien mit zu früh geborenen Kindern. Der Verein „Bunter Kreis Traglinige“ erhält die Auszeichnung „Ausgewählter Ort 2012“ im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“. Frühgebo-

rene und Kinder mit schweren Erkrankungen stellen eine besondere Herausforderung für die Eltern dar. Der Verein Bunter Kreis Traglinge ist für diese Eltern und ihre Kinder da. Getreu dem Motto „So viel Hilfe wie nötig und so wenig wie möglich“ unterstützen eine Krankenschwester, eine Psychologin, eine Sozialpädagogin und eine Kinderärztin betroffene Familien aus der Region Berlin-Spandau und dem Havelland bei der Bewältigung der Krankheit und den notwendigen Behandlungen. Individuelle Maßnahmen tragen dazu bei, Familien ein selbstständiges, normales Leben zu ermöglichen. Die Preisverleihung findet am Internationalen Tag des Frühgeborenen, dem 17. November, statt. Quelle: Pressemitteilung „Deutschland, Land der Ideen“ vom 14.11.2012

AUSBILDUNG UND BERUF

Studienprogramm für FH-Promovierende. Auch im Studienjahr 2012/2013 bieten die Fachhochschulen Düsseldorf und Köln sowie die Hochschule Niederrhein und die Katholische Hochschule NRW ein Studienprogramm für Promotionsinteressierte und Promovierende in der Sozialen Arbeit an. Mit diesem Studienangebot verbinden die beteiligten Fachbereiche beziehungsweise Fakultäten in den vier Hochschulen das Ziel, sowohl den Promotionsinteressierten als auch den bereits Promovierenden zentrale Aspekte einer Promotion in der Sozialen Arbeit zu vermitteln. Weitere Informationen sind unter der URL http://soz-kult.fh-duesseldorf.de/groups/bilder.fb6/forschung/Promotionsssachen/Promotion-FH_Studienprogramm%202012_13.pdf erhältlich. Quelle: Newsletter der DGSA Fachgruppe FH-Promotionsförderung in Kooperation mit dem FBTS Nr. 116 vom 11.11.2012

Grüne kritisieren Vergabepraxis beim Deutschlandstipendium. Das Deutschlandstipendium ist ein deutschlandweites Stipendienprogramm, das begabte Studierende aller Nationalitäten an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen mit monatlich 300 Euro fördert. Laut der Erhebung des Statistischen Bundesamts hätten 2011 nicht einmal 0,25 % der Studierenden ein Deutschlandstipendium nach dem „Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms“ erhalten. Die Grünen kritisieren, dass die Bundesregierung damit ihr ursprünglich ausgegebenes Ziel deutlich verfehle, in diesem Jahr 8 % der Studierenden mit einem Deutschlandstipendium zu fördern, und dass bis zum 31.12.2011 nur 5,7 Mio. Euro und damit nur etwas mehr als die Hälfte der für 2011 eingeplanten Haushaltsumittel abgeflossen seien. Auch wird bemängelt, dass kaum Informationen zur sozialen Herkunft der Studierenden und zu den seitens der Stifter angegebenen Gründen für eine zweckgebundene Vergabe eines Stipendiums sowie zur Vergabepraxis und den Vergabevoraussetzungen wie auch zu den Verwaltungsausgaben der Hochschulen vorlägen. Quelle: heute im bundestag vom 10.8.2012

10.1.2013 Berlin. Fachtagung: Soziale Arbeit hat ein politisches Mandat. Information: Prof. Dr. Heinz Staff-Finé, Prof. Dr. Hans-Dieter Bamberg, Alice Salomon Hochschule, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: staff-fine@ash-berlin.eu, bamberg@ash-berlin.eu

24.-25.1.2013 Erkner. Fachtagung: Kinderarmut – Die Empfehlungen der Europäischen Union. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau Britta Spilker, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: spilker@deutscher-verein.de

25.-26.1.2013 Dresden. BGW Forum: Gesundheitsschutz in der pädagogischen Arbeit. Information: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), Herr Nico Mohnke, Pappelallee 33, 22089 Hamburg, Tel.: 040/202 07-32 13, E-Mail: bgw.forum@bgw-online.de

25.-26.1.2013 Berlin. Tagung: Euromediterranes Jugendforschungsnetzwerk. Information: Prof. Dr. Elke Josties, Prof. Ulrike Hemberger, Alice Salomon Hochschule, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: hemberger@ash-berlin.eu, josties@ash-berlin.eu

29.1.2013 Berlin. 1. Männergesundheitskongress. Männergesundheit als Herausforderung für Prävention und Gesundheitsversorgung. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

18.-21.2.2013 Magdeburg. 12. Fachtagung Supervision in kirchlichen Feldern. Supervision trifft Organisation – Szenen eines neuen Verhältnisses. Information: Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V., Lützicher Straße 1-3, 50674 Köln, Tel.: 02 21/920 04-0, E-Mail: info@dgsv.de

6.-7.3.2013 Berlin. 18. Kongress Armut und Gesundheit: Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln – Strategien der Gesundheitsförderung. Information: 18. Kongress Armut und Gesundheit, c/o Gesundheit Berlin-Brandenburg, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/44 31 90 73, E-Mail: kongress@gesundheitbb.de

6.-8.3.2013 Interlaken. Kongress der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie: Migration, Kriminalität und Strafrecht – Fakten und Fiktion. Information: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie, c/o Departement für Strafrecht, Av. Beauregard 11, CH-1700 Freiburg, E-Mail: info@kriminologie.ch

Sozialkompetenztraining für die Praxis. Das Ziel der berufsbegleitenden Fortbildung an der Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt ist die Entwicklung eines auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittenen Sozialkompetenztrainings. Innerhalb der Kurseinheiten werden theoretische Hintergründe und verschiedene Herangehensweisen vorgestellt. Die notwendigen Haltungen, Methoden und Inhalte werden gemeinsam entwickelt und praxisnah eingebütt. Die Möglichkeiten im jeweiligen persönlichen Arbeitsfeld spielen eine zentrale Rolle und werden durch ein individuelles Coaching zusätzlich zu den Fortbildungseinheiten vor Ort unterstützt. Die Fortbildung findet von März bis Juni 2013 statt und umfasst drei zweitägige Präsenzeinheiten mit insgesamt 57 Lehreinheiten, ein persönliches Coaching sowie eine arbeitsfeldbezogene Hausarbeit. Sie endet mit dem Zertifikat „Sozialkompetenztrainerin“ beziehungsweise „Sozialkompetenztrainer“. Auskünfte und Anmeldung sind bei der Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel.: 07 03/52 69-0, E-Mail: info@jugendbildung.org oder im Internet unter www.jugendbildung.org erhältlich. Quelle: Pressemitteilung der Landesakademie für Jugendbildung vom 4.10.2012

Bachelor Management von Non-Profit-Organisationen. Fach- und Führungskräfte mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen sind in sozialen Einrichtungen gefragt. Wahr verfolgen gemeinnützige Organisationen wie Verbände, Vereine und Stiftungen grundsätzlich keine wirtschaftlichen Gewinnziele. Sie müssen sich aber dennoch mit Zahlen, Zielen und Bilanzen auseinandersetzen. Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) nutzen nicht kommerzielle Organisationen heutzutage verstärkt betriebswirtschaftliche Instrumente bei ihrer Arbeit. Zum Sommersemester 2013 startet daher der berufsbegleitende Online-Fernstudiengang „Management von Non-Profit-Organisationen“ mit dem Ziel der Erlangung des akademischen Grades eines Bachelor of Arts. Die Studieninhalte werden vollständig über die multimediale Lernplattform „Moodle“ vermittelt. Hier belegen die Studierenden ihre Online-Module, erhalten ihre Unterlagen und informieren sich über Veranstaltungen und Zeitpläne. Individuelle Fragen können sie mit ihrem Tutor oder ihrer Tutorin in Online-Tutorien besprechen. Jedes Modul schließt mit einer Prüfung vor Ort ab. Dazu können die Studierenden zwischen den Prüfungsstandorten Wismar, Hannover, Frankfurt am Main und München wählen. Informationen sind im Internet unter der URL www.wings.hs-wismar.de erhältlich. Quelle: Pressemitteilung der WINGS GmbH vom 25.10.2012

Fortbildungsangebote für 2013. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de
Alice Salomon Hochschule Berlin – Zentrum für Weiterbildung, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-331/353, Fax: 030/992 45-399, Internet: www.ash-berlin.eu/zfwb

AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel.: 030/263 09-142, Fax: 030/263 09-211, E-Mail: akademie@awo.org

Bundeskademie für Kirche und Diakonie, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488 37-300, E-Mail: info@bundeskademie-kd.de
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Fax: 030/629 80-150, E-Mail: info@deutscher-verein.de

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: leute@difu.de

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: michaela.menth@eahonline.de

Evangelische Akademie Baden, Postfach 2269, 76100 Karlsruhe, Tel.: 07 21/91 75-361, Fax: 07 21/ 91 75-253 61, E-Mail: info@ev-akademie-baden.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/ 39 08 81-17, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH, Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 39 52 70, Fax: 030/28 39 52 22, E-Mail: baerthel@ezi-berlin.de
Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Winterstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-17 00, Fax: 07 61/200-17 99, E-Mail: akademie@caritas.de

Fortbildungsinstitut des Lebenshilfe Landesverbandes Bayern, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 09 131/754 61-0, Fax: 09 131/754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de

ifw Institut für Fort- und Weiterbildung, Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07 141/97 45-282, Fax: 07 141/97 45-482, E-Mail: ifw@eh-ludwigsburg.de

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272/220, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@pb-paritaet.de

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ), Hartmühlenweg 8, 55122 Mainz, Tel.: 06 131/ 967-140/136, Fax: 06 131/967-142

Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Marsstraße 46, 80335 München, Tel.: 089/12 61-2804, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de